

Brüssel, den 14.12.2015
C(2015) 8851 final

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 14.12.2015

**über die Finanzierung eines Pilotprojekts für die Demokratische Republik Kongo
zuletzt des Gesamthaushaltsplans der Union**

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 14.12.2015

über die Finanzierung eines Pilotprojekts für die Demokratische Republik Kongo zulasten des Gesamthaushaltsplans der Union

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002¹, insbesondere auf Artikel 54 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Kommission hat das Länderstrategiepapier für die Demokratische Republik Kongo und das Nationale Richtprogramm² für den Zeitraum 2014-2020 angenommen, in dem unter Punkt 3.1 folgende Prioritäten genannt sind: Beitrag zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit in der Demokratischen Republik Kongo im Rahmen des Kampfes gegen die Armut.
- (2) Die Kommission hat das Programm für menschliche Entwicklung im Rahmen des thematischen Programms „Globale öffentliche Güter und Herausforderungen“³ angenommen. Das Programm für menschliche Entwicklung dient zur Förderung einer inklusiven Bildung, zur Unterstützung effektiver, produktiver und menschenwürdiger Beschäftigung durch berufliche Aus- und Weiterbildung, zur Stärkung der wirtschaftlichen Rechte bedürftiger Gruppen, zur Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitsdiensten, insbesondere im Hinblick auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit, zur Förderung der Rechte und der Teilhabe von Frauen sowie zur Bekämpfung der Kinderarbeit.
- (3) Mit dieser Maßnahme zulasten des Gesamthaushaltsplans der Union werden folgende Ziele verfolgt: Verbesserung des Lebensstandards der Menschen in der unmittelbaren Umgebung der handwerklichen Minen im Mwenga-Gebiet im Osten der Demokratischen Republik Kongo durch Bereitstellung von Nachhilfeunterricht für Kinder und Durchführung von Berufsbildungsmaßnahmen für Jugendliche und Sexarbeiterinnen zur Schaffung alternativer Einkommensmöglichkeiten.
- (4) Ziel der Maßnahme „Sozioökonomische Wiedereingliederung von Kindern und Sexarbeiterinnen in der Umgebung der handwerklichen Minen im Mwenga-Gebiet in der Provinz Süd-Kivu im Osten der Demokratischen Republik Kongo“ ist es, die Schulbesuchsquote bei Kindern, die in den Minen arbeiten, durch Nachhilfeunterricht zu steigern, durch Berufsbildungsmaßnahmen die Zahl der Jugendlichen und Sexarbeiterinnen, die in das Gebiet zurückkehren und in den Minen oder in deren Umgebung arbeiten, zu verringern und lokale Akteure für den Kinderschutz und die

¹ ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1.

² Beschluss C(2014) 3904

³ Beschluss C(2014)5072 vom 23.7.2014.

Menschenrechte, einschließlich der Rechte der Frauen, zu sensibilisieren. Den Sexarbeiterinnen wird medizinische Hilfe angeboten, um sexuell übertragbaren Krankheiten zu bekämpfen und ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden.

- (5) Es muss ein Finanzierungsbeschluss gemäß den Bestimmungen des Artikels 94 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission⁴ erlassen werden.
- (6) Der zuständige Anweisungsbefugte sollte in der Lage sein, Zuschüsse ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zu vergeben, sofern die Bedingungen für eine entsprechende Ausnahme nach Artikel 190 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 vom 29. Oktober erfüllt sind.
- (7) Es muss ein Arbeitsprogramm für Zuschüsse gemäß den detaillierten Bestimmungen des Artikels 128 Absatz 1 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 und des Artikels 188 Absatz 1 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 angenommen werden. Das Arbeitsprogramm ist diesem Beschluss beigelegt (Anhang, Abschnitt 5.4.1).
- (8) Der zuständige Anweisungsbefugte sollte in der Lage sein, Zuschüsse ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zu vergeben, sofern die Bedingungen für eine entsprechende Ausnahme nach Artikel 190 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 erfüllt sind.
- (9) Es ist die Zahlung etwaiger Verzugszinsen auf der Grundlage von Artikel 92 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 und Artikel 111 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 vorzusehen.
- (10) Im Einklang mit Artikel 94 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 sollte die Kommission definieren, welche Änderungen zu diesem Beschluss nicht substantiell sind, damit derartige Änderungen vom zuständigen Anweisungsbefugten vorgenommen werden können.
- (11) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme gehört nicht zu den Maßnahmen, zu denen eine vorherige Stellungnahme des Ausschusses erforderlich ist. Das Europäische Parlament sollte über diesen Beschluss innerhalb eines Monats nach seiner Annahme unterrichtet werden –

BESCHLIESST:

Artikel 1

Annahme der Maßnahme

Das im Anhang beschriebene Pilotprojekt für die Demokratische Republik Kongo zulasten des Gesamthaushaltsplans der Union wird angenommen.

Das Pilotprojekt umfasst die folgende Maßnahme:

- sozioökonomische Wiedereingliederung von Kindern und Sexarbeiterinnen aus der Umgebung der handwerklichen Minen im Mwenga-Gebiet in der Provinz Süd-Kivu im Osten der Demokratischen Republik Kongo.

⁴ Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

Artikel 2

Finanzbeitrag

Der Höchstbeitrag der Europäischen Union für die Durchführung der in Artikel 1 genannten Maßnahme beläuft sich auf 2 200 000 Mio. EUR zulasten der Haushaltslinie 21 02 77 20 des Gesamthaushaltsplans der Union für 2015.

Der in Absatz 1 genannte Finanzbeitrag kann auch Verzugszinsen abdecken.

Artikel 3

Durchführungsmodalitäten

Im Abschnitt „Implementation“ (Durchführung) des Anhangs zu diesem Beschluss sind die Elemente aufgeführt, die nach Artikel 94 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 erforderlich sind.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann Zuschüsse nach Artikel 190 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen vergeben.

Artikel 4

Nicht substanzielle Änderungen

Mittelerhöhungen oder Mittelsenkungen, die 20% des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Beitrags nicht übersteigen, und kumulierte Änderungen der Mittelzuweisungen für die einzelnen Maßnahmen, die insgesamt 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen der Durchführungsfrist gelten nicht als substanziell im Sinne des Artikels 94 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012, wenn sie die Art und die Ziele der Maßnahmen nicht wesentlich beeinflussen. Die in diesem Artikel genannte Obergrenze gilt auch für die Inanspruchnahme von Rückstellungen für unvorhergesehene Ausgaben.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann solche nicht substanziellen Änderungen im Einklang mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit beschließen.

Geschehen zu Brüssel am 14.12.2015

Für die Kommission

Neven Mimica

Mitglied der Kommission